

Fragmentarisches, um die Offenheit der politischen Landesgrenzen zu verteidigen.
Helmuth, 28.04.2025

Wir halten daran fest: Migration und Offene Grenzen verteidigen!

Vorbemerkung

Wir wollen mit diesem Papier der zunehmenden und oft demagogischen Hetze gegen Migration, der schrittweisen Abschaffung des Asylrechts und der Verschlechterung der Lebensbedingungen für Zugewanderte in Deutschland entgegen treten.

Vieles wurde 2024 noch unter der Ampelregierung eingeführt, findet jetzt in dem Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vom April 2025 mit der Verstetigung von Grenzkontrollen seine Fortsetzung und erreicht einen verabscheuungswürdigen Höhepunkt mit der Verweigerung der Aufnahmezusage für rund 2600 gefährdete Afghan*innen, die seit Monaten in Islamabad auf ihre Ausreise warten.

Verstetigung von Grenzkontrolle heißt bei der Konstruktion des Schengenraums nichts anderes, als Asylanträge in Deutschland nahezu unmöglich zu machen. Hintergrund für diese Entwicklung ist auch eine gezielte und leider erfolgreiche Kampagne rechter Gruppierungen und der AfD, die inzwischen erhebliche Teile der Bevölkerung erreicht. Damit ist es der AfD gelungen, die Willkommenskultur zu brechen und Ausländerfeindlichkeit zu schüren.

Wir wollen uns in diesem Papier aber auch selbstkritisch fragen, inwieweit diese Entwicklung darauf beruht, dass zentrale politische und analytische Elemente von Zuwanderung in den linken Diskursen bis heute zu wenig Platz finden und mit ihnen im Zusammenhang stehende Probleme ignoriert werden.

Wir schlagen deshalb mit diesem Papier auch einen ersten Versuch vor, der rein defensiven Reaktion auf die Angriffe von rechts eine linke Vision von Zuwanderung und Migration entgegensetzen und zählen in diesem Zusammenhang einige wesentlichen Fakten der real stattfindenden Zuwanderung nach Deutschland auf, benennen wesentliche gesellschaftliche Probleme, die im Zusammenhang mit Zuwanderung auftauchen, und schlagen mögliche Lösungen vor.

Unser erklärtes Ziel ist, die Offenheit der Landesgrenzen zu verteidigen und über Wege und Möglichkeiten nachzudenken, in dieser Frage (wieder) eine linke Hegemonie zu erreichen. Dazu wollen wir nicht nur Forderungen an Staat/Regierung entwickeln, sondern auch reflektieren, welche Veränderungen linker Theorie und Praxis notwendig und möglich sind.

I. Ein paar Prinzipien

Migration und Flucht: zwei linke Grundprinzipien

Migration ist ein positives Grundrecht, das aus linker Sicht unbedingt verteidigt werden muss: frei dort hingehen zu können, wo mensch sein möchte.

Flucht vor inhumanen oder das eigene Leben bedrohenden politischen und ökonomischen Verhältnissen und das Recht auf Asyl und Aufnahme in den Zielländern ergänzt das Grundrecht auf Migration: Die Verhinderung ihres Erfolgs ist ein Akt unterlassener Hilfeleistung. Die Prüfung jedes Einzelfalls von Flucht ist damit aus linker Sicht ein Individualrecht, das nicht hintergebar ist.

Migration und Flucht: Ursachen

Die Diskussion um Flucht und Migration ohne Benennung und Bekämpfung ihrer Ursachen ist heuchlerisch. Die Ursachen liegen im Kolonialismus und Imperialismus der kapitalistischen Länder und setzen sich bis heute in den terms of trade, Schuldenregimen und Klimaveränderung fort; sie werden verschärft und überformt durch religiöse Hegemonie, vorbürgerliche Reproduktion mit patriarchalem Charakter, staatliche Unterdrückung und Verfolgung in vielen Ländern – ohne damit eine abschließende Auflistung der Ursachen zu intendieren.

Ursachen für Flucht sind individuell erfahrene Gewalt und Vertreibung, für Migration sind es ökonomische, politisch strukturelle und individuelle Gründe. Diese Ursachen sind häufig wechselseitig miteinander verbunden und nicht immer klar zu trennen. Es ist gute linke Tradi-

tion, die Unterscheidung zwischen struktureller und individueller Gewalt zu kritisieren, die der bürgerlichen Gesellschaft zugrunde liegt. Gleichzeitig gilt es aber auch, Individualrechte gegen den Angriff rechter Parteien zu verteidigen. Aktuell ist das Individualrecht auf Asyl und die Aufnahme Geflüchteter massiven Angriffen ausgesetzt. Zu einem gewissen Maße gilt das auch für Migration, die auf ökonomisch „nützliche“ Zuwanderung beschränkt werden soll.

Migration und Flucht: Ein linkes Ziel

Migration und Flucht in die Länder der nordwestlichen EU unterscheiden sich hinsichtlich ihrer juristischen und damit ihrer politischen Einordnung, hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Zielländer auch dadurch, ob sie aus EU-Ländern oder Drittstaaten stattfindet. Die Unterscheidung ihrer Ursachen ist komplex; ihre massive Gerichtetheit deutet in erster Linie auf Unfreiheit, Bedrohung, Armut und Perspektivlosigkeit, aber Autonomie und Eigensinn der Subjekte beinhaltet schon immer und bis heute auch vielfältigere und andere Beweggründe.

Aus linker Sicht gelte es, Flucht unnötig zu machen, Zwänge zu beseitigen, die Migration „eingleisig“ machen, und Lebensverhältnissen auf dieser Welt herzustellen, die Migration „eratisch“ werden lässt – als Zeichen zunehmender Freiheit, Gleichheit, Fürsorge und Kooperation überall auf dieser Welt.

Ist damit das langfristige Ziel linker Politik klar beschrieben, so stellt sich kurzfristig die Frage, wie in der aktuellen Situation die Aufnahme Geflüchteter und Bewegungsfreiheit politisch verteidigt werden können. Dafür ist auch eine Veränderung der Hegemonie in der Thematisierung beider notwendig.

Politische Hegemonie bedarf einer Win/Win-Situation unterschiedlicher Fraktionen

Wenn linke Politik wirkmächtig werden will, muss sie Hegemonie suchen (aktuell gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit und die Angriffe auf das Asylrecht). Hegemonie kann nur aus Win/Win-Situationen mit nicht linken Bevölkerungsgruppen gewonnen werden, solange nicht die Mehrheit weit nach links gerückt ist. Die Kunst bestünde also darin, die richtigen Forderungen für die Aufrechterhaltung des Rechts auf Asyl und für offene Grenzen zusammen mit Interessen anderer Bevölkerungsgruppen wieder deutlich mehrheitsfähig zu machen.

Migration („Exit“) ist weder „linke Strategie“ noch Opferrolle

Die Abwanderung aus einem Land mit hoher Armut, politischer Unterdrückung oder patriarchal-präbürgerlicher Reproduktion ist nicht nur Ausdruck einer Opferrolle, sondern immer auch Ausdruck von Widerständigkeit, Autonomie und Eigensinn gegen Unterdrückung, Armut, Perspektivlosigkeit und autoritäre Grenzregime. Eine solche politische Interpretation der Migration darf aber die Auswirkungen von Abwanderung nicht ausblenden. Migration und Flucht „entleeren“ auch die Herkunftsländer und beeinflussen die dortigen Veränderungsmöglichkeiten negativ. Die Abwanderung von Menschen im erwerbsfähigen Alter schwächt die Infrastruktur und ökonomischen Entwicklungsperspektiven. Dies verschärft die Konsequenzen des Klimawandels und schwächt den Widerstand gegen die autoritären Verhältnisse in den jeweiligen Ländern.

Auch wenn politische Interventionen von Migrant*innen, ihre Organisationansätze und Vernetzungen bisher wenig sichtbar sind, so spielen sie doch für den Alltag der Menschen eine große Rolle und werden immer dort auch gesellschaftspolitisch wirkungsvoll, wo sie mit nichtmigrantischen Projekten und Initiativen zusammen agieren. Klar ist für uns, dass ohne gleichberechtigte Zusammenarbeit mit migrantischen Selbstorganisationen eine gesellschaftsverändernde Praxis nicht möglich ist.

Linkes Denken und Handeln erfolgt nicht aus der Perspektive von Staatsregierungen

Regierungshandeln muss mit einer Vielzahl unterschiedlicher anderer Regierungen umgehen und in diesem Sinne kooperativ und konstruktiv (wenn auch nicht ziel- und prinzipienlos) erscheinen. Linke Politik sollte dagegen immer das Ziel einer prinzipiellen Gesellschaftsveränderung im Auge behalten und sich eine gewisse Autonomie gegenüber solchen Einschränkungen bewahren. Es macht deshalb nicht immer Sinn, diese Freiheit linken Denkens auf staatliches Handeln direkt zu übertragen. Ohne Abstriche an der Radikalität der eigenen Überzeugung zu machen, bleibt es vernünftig, bestimmte politische Rollen zu unter-

scheiden und Regierungshandeln u. U. auch zu unterstützen, solange die prinzipielle Zielsetzung erkennbar ist.

II. Ein paar Fakten

Arbeitsmarkt und Sozialversicherung

- Der Anteil ausländischer Beschäftigter lag 2023 bei 15,3 Prozent und hat sich seit 2010 mehr als verdoppelt – laut Mikrozensus bei Zugewanderten mit unterschiedlicher Ausprägung: 67 % der Beschäftigten im Aus- und Trockenbau, 51 % in der Lebensmittelherstellung, 47 % in der Berufsgruppe der Fliesenleger/-innen, 46 % der Fahrer/-innen von Bussen und Straßenbahnen, 45 % in der Gastronomie.
- In den Einkommensgruppen bis 1.500 Euro (Netto) sind Migrant*innen und Flüchtlinge deutlich überproportional vertreten und sind damit in der „Unterklasse“ konzentriert.
- Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wäre ohne Zuwanderung sicher gesunken und die Situation der Krankenkassen und Rentenversicherung katastrophal.
- Insgesamt wurden 71 % der Stellen, die zwischen 2010 und 2023 neu entstanden sind, mit ausländischen Arbeitskräften besetzt. Die Gruppe der Migrant*innen ist ökonomisch hoch motiviert. Sie stellen 21 % der Gründer eigener Firmen bei einem Bevölkerungsanteil von 18 % (im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2017).

Wahlrecht

- Ca. ein Sechstel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zahlt in die Sozialkassen und Einkommenssteuern, ohne das Recht zu haben, über die Verwendung ihrer Gelder mitzuentcheiden.
- Das Wahlrecht ist in Deutschland an die Staatsbürgerschaft geknüpft, nur für Migrant*innen aus der EU gibt es ein kommunales Wahlrecht. Damit bleiben Migrant*innen und Geflüchtete selbst mit längerfristiger Duldung oder unbefristeter Arbeit von politischen Entscheidungen ausgeschlossen.

Migration und Flucht

Die Zuwanderung nach Deutschland geschieht bis auf wenige Ausnahmejahre überwiegend nicht aus Drittstaaten sondern aus der EU. Dies war nur 1998, 2015 (Syrien Krieg) und seit 2022 (Ukraine Krieg) anders, wobei auch in diesen Jahren die Migration aus Europa (ohne Ukraine) gewachsen ist, nur eben weniger als die anderen Flüchtlingsströme.

Die aktuelle Zuspitzung auf Syrer*innen und Afghan*innen grenzt an Demagogie – wohl auch, um das Versagen staatlichen Handelns zu kaschieren – und „legitimiert“ politische Eingriffe, die anders nicht ohne weiteres durchsetzbar wären. Es geschieht auch, weil Flucht im Sinne der Genfer Konvention zunehmen wird, die Genfer Konvention aber nicht offen gekündigt werden soll.

Migration, Flucht und Asyl.

Asylbewerber im engeren Sinne des Wortes sind ein fast vernachlässigbar kleiner Teil der Geflüchteten (unter einem Prozent). Faktisch reden wir, wenn wir über Zuwanderung reden, hauptsächlich über Armuts- und Arbeitsmigration, die mindestens 2/3 der Zuwanderung ausmachen (Rest nach Genfer Konvention). Diese empirischen Fakten sollten auch nicht aus argumentationstaktischen Gründen wegdiskutiert werden.

Geflüchtete

Beispiele: Aus Syrien und Afghanistan, aber auch Afrika kommen überwiegend junge Männer, obwohl die Lebensbedingungen für Frauen dort viel verheerender sind. Aus der Ukraine kommen überwiegend akademisch gebildete Frauen, nicht aber Männer, die sonst Kriegsdienst leisten müssten, und nur wenige Nichtakademiker.

Die Migrations- und Flüchtlingsströme werden wachsen wegen eines weltweit zunehmenden Nationalismus, Bürgerkriegen und Klimaveränderungen.

Die Weltbank schätzt, dass bis zum Jahr 2050 bis zu 143 Millionen Menschen zu Klimaflichtlingen werden könnten. Linke Analysen einer drohenden Polykrise kommen zu einem analogen Ergebnis.

III. Ein paar Probleme

1. Die Sozial- und Bildungspolitik ab 2000 war auf eine schrumpfende Bevölkerung eingestellt, das umgekehrte ist passiert – und zeigt sich vor allem in Personalmangel und vernachlässigter Infrastruktur.
2. Migrant*innen sind deutlich jünger als „Einheimische“ (im Schnitt annähernd 10 Jahre). Damit überlagern sich Generationenkonflikte mit kulturellen Unterschieden.
Plakativ: Es „lungern“ junge Migrant*innen abends in den Innenstädten und verängstigen ältere „Spießer*innen“. Der typische Generationenkonflikt wird zu einem ethnischen, eine neue begrüßenswerte Lebendigkeit der Innenstädte wird unter Umständen eher als Bedrohung erlebt.
3. Migrant*innen haben zu einem deutlich höheren Anteil keinen Berufsabschluss und ihre schulisch-universitären Abschlüsse werden nur teilweise anerkannt.
Zuwandernde aus fast allen Regionen außerhalb der EU haben zu mehr als 45 % keinen Berufsabschluss, bei „Einheimischen“ sind es unter 15 %. Die Jobs, in denen viele Zugewanderte arbeiten, befinden sich überwiegend im Niedriglohnsektor mit hoher Ausbeutungsrate. Diese Umstände befördern den latenten strukturellen Rassismus vieler Deutscher, die auf Arbeitende in „minderwertigen“ Jobs herabblicken; sie müssen in stärkerem Maße Veränderungsziel gemeinsamer Klassenkämpfe für bessere Lebensbedingungen werden – so schwierig solche Formen von Organisation auch sind.
4. Die Bewältigung der psychischen Folgen von Flucht bzw. des Lebens vor der Entscheidung zur Flucht („Traumatisierung“) ist ein Problem, auf welches es keine (rein) therapeutisch-medizinisch-psychologische Antwort geben wird und kann.
5. Migrant*innen haben deutlich häufiger Kinder als „Einheimische“ und erziehen ihre Kinder nach anderen Maßstäben. Solche Kulturunterschiede, sprachliche Barrieren, aber auch ein tief verankerter Rassismus in deutschen Einrichtungen und bei Teilen des Personals führen zu erheblichen Problemen in KiTas und Schulen. Die Kinder von Migrant*innen machen seltener einen höheren Schulabschluss.
6. Abgelaufene Duldung ohne gesetzliche Perspektive auf Verlängerung birgt das Potenzial von Gewalttätigkeit gegenüber dem Gastland.
Eine eigene Auswertung ergab: Seit 2016 wurden 40 % der Terrorattacken von Menschen ohne Bleibeperspektive vollzogen, 60 % von sich radikalisierten Islamisten, von denen einige wenige ebenfalls keine wirkliche Bleibeperspektive mehr hatten. Eine Aufenthaltsfortsetzung ohne Bleibeperspektive birgt immanently die Gefahr einer Wut- und Verzweiflungstat, gerade bei dem erheblichen Ausmaß an Traumatisierung bei Geflüchteten.
7. In der Gruppe der Zugewanderten ist die Rolle der Frauen häufig reaktionär definiert, und es ist unklar, wie dieser kulturelle Clash angegangen werden kann – zumal auch in der deutschen Bevölkerung ein gleichberechtigtes Frauenbild noch längst keine Selbstverständlichkeit ist.
In diesem Kontext: Der Anteil der erwerbstätigen Frauen unter den Zuwandernden liegt um 20 % unter dem von einheimischen Frauen, während die Anteile der erwerbstätigen Männer kaum differieren.

IV. Ein paar politische Perspektiven

Teil A: Kompromisse, um Schlimmeres zu verhindern und Besseres zu erreichen

1. Die Migration in der EU führt u. a. auch zu einer Entwertung der Eigenheime in den süd- und osteuropäischen Herkunftsländern sowie zum Abbau von garantierten gesundheitspolitischen Leistungen (fehlende Pflege und Ärzte mit wachsender out-of-pocket Privatisierung) etc.

Eine Perspektive wäre ein EU-weite Grundsicherung in der Höhe des deutschen Existenzminimums sowie eine offensive Definition und Angleichung EU-weiter Commons.

2. Die Offenheit der Grenzen zu verteidigen, ist die Hauptaufgabe linker Flüchtlings- und Migrationspolitik – schon weil linke Politik das allgemeine Ziel hat, alle Grenzen einzureißen (ohne Diversität zu vermindern). Ohne Offenheit der Grenzen gibt es zudem kein durchsetzbares Individualrecht auf Asyl und Aufnahme.
Für diese zentrale Forderung besteht auch eine Chance, hegemonial zu werden, weil sie mit ökonomischem und zivilgesellschaftlichem Rückenwind segelt: Arbeitskräftebedarf, freier Güter- und Berufsverkehr über Grenzen hinweg, Reisemöglichkeiten ohne entsprechende Bürokratie, etc.
3. Die Rückgewinnung linker Hegemonie für offene Grenzen ist aber nicht ausschließlich zweckrational begründbar. Sie kann sich auch auf die fundamentalen Prinzipien von Fürsorge, Respekt und Verantwortung berufen und damit an die Willkommensstruktur anknüpfen.
4. Ein erleichterter Nachzug von Familienmitgliedern wäre sicherlich ein Weg, um negative psychische Konsequenzen von Flucht und Migration zu vermindern.
Diese Einsicht sollte bei entsprechender Einbettung in Rahmenbedingungen von einer großen Mehrheit nachvollziehbar sein und gehört damit mehr in den Mittelpunkt der Argumentation.
5. Das politische Mitspracherecht auf kommunaler Ebene sollte von der perspektivischen Dauerhaftigkeit des Aufenthalts und nicht vom Staatsbürgerstatus abhängig sein.
6. Bei der Prüfung von Abschiebungen selbst nach dem Auslaufen aller rechtlichen Möglichkeiten sollte individuell berücksichtigt werden, ob nicht gelungene Integration damit zerstört würde.
7. Die Frage der Abschiebung nach schwerer Straffälligkeit ist umstritten, weil die Ausweisung eine nach deutschem Recht nicht zulässige Doppelbestrafung darstellen könnte.
Wäre eine Gefängnisstrafe automatisch bis zum Ende der Duldung vertretbar, mit Möglichkeit, vorher das Land zu verlassen bzw. Alternative, bei guter Führung nicht abgeschoben zu werden, vertretbar?
8. Die strukturellen Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Integration von migrantischen Kindern ergeben, können nicht einfach durch mehr pädagogisches Personal gelöst werden, hier bedarf es einer viel größeren Offenheit technischen Lösungen gegenüber, die aber gerade in den flüchtlingsfreundlichen Gruppen des pädagogischen Personals wenig vorhanden zu sein scheint.
Zu prüfen wäre zudem, ob eine Obergrenze von Kindern ohne hinreichende Deutschkenntnisse pro Schulklasse sinnvoll wäre mit entsprechender Verteilung der Kinder auf andere Schulen, soweit der Schulweg das zulässt.
9. Es könnte in den Kommunen über öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige Arbeits- und Qualifikationsangebote auf freiwilliger Basis besonders für gering Qualifizierte nachgedacht werden, mit denen auch gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Projekte gefördert werden, die auf dem freien Markt keine Chance haben, weil sie nicht profitabel sind.
Auch bedarf es einer Entbürokratisierung und Beschleunigung bei der Anerkennung von vorhandenen Qualifikationen und beruflichen Abschlüssen.
10. Sprachkurse sind ein wesentlicher Teil der Integration; vielleicht wären aber auch technische Lösungen zur Überwindung von Sprachbarrieren sinnvoll. Eine Untersuchung der Wirkung von automatischen Übersetzungsgeräten für die Integration steht aus, wäre aber leicht zu machen.
11. Geflüchtete aus der Ukraine werden bis heute anders behandelt als alle anderen Geflüchteten, u. a. haben sie sofort Anspruch auf Bürgergeld und damit das Recht zur Arbeitsaufnahme sowie auf Förder- und Qualifikationsmaßnahmen. Es erscheint sinnvoll, die sich langsam einstellenden Erfolge dieses Umgangs systematisch auszuwerten und auf den Umgang mit allen Geflüchteten zu übertragen.

12. Es sollte versucht werden, die Arbeitsaufnahme von mehr Frauen der ersten Generation von Migrant*innen gezielt zu fördern, um kulturelle Brüche zwischen den Geschlechtern und ihre pauschale Zuweisung auf alle Migrant*innen zu vermeiden. Womöglich bedarf es auch einer vermehrten Beratung und Sprachvermittlung für Frauen, die nicht als Geflüchtete nach Deutschland kommen. In jedem Fall bildet die Sprachvermittlung einen Kern der Integration und auch hier könnte eine wissenschaftlich-technische Analyse, was optimal zu tun wäre, hilfreich sein.

Teil B: Schritte in Richtung Aufbau linker Organisation und Autonomie

Es ist zynisch, Lieferkettengesetze zu verlagen, Ressourcen und Menschen in anderen Ländern für das überflüssige Wachstum weniger kapitalistischer Länder auszubeuten, Milliarden für Militär und die Rüstungsindustrie bereitzustellen, aber einen internationalen Klimafonds völlig unzureichend zu finanzieren. Es ist zynisch, Staatsschulden abhängiger Länder vor Gerichten der kapitalistischen Länder zu verhandeln und gleichzeitig Migration durch Schließung aller Außengrenzen zu „beseitigen“ zu wollen.

Eine linke Debatte über faktische Flucht und Migration sollte über strukturelle ökonomische (und militärische) Gewalt als Ursachen aufklären und gleichzeitig versuchen, die Perspektive von Migrant*innen, ihre Autonomie und ihren Eigensinn zu verstehen und zu respektieren, aber nicht bei Anteilnahme, Analyse und Anklage stehen bleiben.

Es gilt auch, gemeinsame Plattformen oder „Gesellschaftsverträge“ für eine solidarische Praxis zu entwickeln und gemeinsame Organisationsprozesse voranzutreiben.

Plattform 1: „Nicht wir gegen euch, sondern wir gegen die!“

Gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen der „Unterklassen“

75 % der Personen mit Migrationshintergrund haben ein Netto-Einkommen unter 2.000,-, bei Migranten der ersten Generation liegt knapp 1/3 bei einem Nettoeinkommen zwischen 500,- und 1.000,- Euro.

Unser Vorschlag: gemeinsame Organisation in Gewerkschaft, sozialer Initiative und Partei zur Verbesserung von (Mindest-) Lohn, von Grundeinkommen und Kindergeld, zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Plattform 2: „Teach your children well!“

Gemeinsam für eine Überwindung des strukturellen Rassismus

Ein zentrales Motiv von Migration ist der Wunsch, Kindern eine bessere Zukunftsperspektive zu ermöglichen. Das deutsche Schulsystem produziert und reproduziert eine Klassengesellschaft entlang ethnischer Grenzen.

Unser Vorschlag: gemeinsam die Ausbildungsmöglichkeiten verbessern, für unsere Kinder, aber auch für uns durch bezahlte Weiterbildungsmöglichkeiten im Erwachsenenalter.

Plattform 4: „Du bist nicht besser als der neben dir, keiner hat das Recht Menschen zu regieren!“

Autoritäre Strukturen überall und auch unter uns aktiv bekämpfen!

Autoritäre, patriarchale Strukturen sind keine Erfindung des Kapitalismus, sie werden in ihn eingebettet und werden ohne ihn nicht einfach verschwinden. Häufig sind sie mit Kirchen und Religion verbunden. Wir reproduzieren sie durch uns und unser Verhalten. Die Veränderung dieses Verhaltens ist eine Aufgabe, die uns alle betrifft, einige mehr und andere weniger. Der Weg dahin ist wechselseitige Kritik – und wechselseitiges Vertrauen!

Plattform 3: „Migration in alle Richtungen ermöglichen!“

Gemeinsam für die Wiedergewinnung eines praktischen linken Internationalismus

Die politischen Gedanken und Hoffnungen vieler Migrant*innen sind auf ihre Herkunftsländer gerichtet, ein innerliches Ankommen hier dauert Zeit und wird durch wachsende Ausländerfeindlichkeit behindert.

Unser Vorschlag: Internationalismus wird heute oftmals durch moralisierende Außenpolitik beherrscht, in linken Organisationen sind internationale Fragen zu wenig präsent. Gemeinsam können wir ein anderes Verständnis über die politische und ökonomische Entwicklung in den Herkunftsländern entwickeln und aktiv Widerstandsbewegungen in den jeweiligen Ländern auch von hier unterstützen.